

# Perspektiven zur Umsetzung der Neuen Leipzig Charta in Luxemburg

# Dokumentation des CIPU-Workshops am 23. November 2021



Die zweite Konvention zur „Cellule Nationale d'Information pour la Politique Urbaine“ (CIPU) mit einer Laufzeit von 2017 bis 2021 wurde unterzeichnet von:

- » Ministère de l'Énergie et de l'Aménagement du Territoire (MEA),  
Département de l'aménagement du territoire,
- » Ministère du Logement,
- » Ville de Dudelange,
- » Ville d'Esch-sur-Alzette,
- » Ville de Luxembourg.

Als nationale Plattform für Stadtpolitik konzentriert sich die CIPU im Jahr 2020/2021 auf die Themen „Klimawandelanpassung“ und „Planung im Wandel“. Weitere Informationen auf: [www.cipu.lu](http://www.cipu.lu) sowie auf Facebook ([www.facebook.com/CIPULux](https://www.facebook.com/CIPULux)).

**Dokumentation des Workshops „Perspektiven zur Umsetzung der Neuen Leipzig Charta in Luxemburg“ am 23. November 2021**

**Autoren:** Zeyen+Baumann (Lex Faber, Marie Sauerhöfer, Silke Steuer) und Spatial Foresight (Sebastian Hans) für das CIPU-Büro

**Layout und Fotos:** Zeyen+Baumann

**Cover-Foto:** Website Nationale Stadtentwicklungspolitik

März 2022





Die **Cellule nationale d'Information pour la Politique Urbaine (CIPU)** beschäftigt sich 2020/2021 schwerpunktmäßig mit den Themen „Klimawandelanpassung“ sowie „Planung im Wandel“. Diese Themen werden sowohl im Rahmen des CIPU-Colloques (Online-Vortragsreihe) als auch in den thematischen Workshops behandelt und diskutiert.

In Luxemburg bietet die Neue Leipzig Charta einen Rahmen, um den Städtebau und die Raumordnung entlang nachhaltiger Prinzipien zu gestalten. Die Neue Leipzig Charta erfüllt daher weniger die Funktion als Anleitung für Planung, sondern ist eine Sammlung von guten Praxisansätzen, die in der angewandten Planung von allen eingebundenen Akteuren, von Planern, Institutionen, Entscheidungsträgern aufgenommen und angewendet werden können.

Hierdurch kann das öffentliche Interesse bei der Umsetzung von städtebaulichen Projekten und im Bereich der Raumordnung wieder stärker in

den Fokus rücken. Besonders bei der Definition und Priorisierung von Zielen wird die Neue Leipzig Charta künftig ihre Wirkung entfalten, da sie den theoretischen Rahmen bildet, die Gemeinden und Städte in Luxemburg, gerechter, grüner und produktiver zu gestalten.

In einem Workshop am 23. November 2021 wurden zusammen mit Akteuren der unterschiedlichen räumlichen Ebenen die Möglichkeiten und Ansätze zur Umsetzung der Neuen Leipzig Charta in Luxemburg diskutiert.

Zur Vorbereitung der Teilnehmer auf den Workshop und als inhaltliche Grundlage für die Diskussionen wurde ein thematisches Diskussionspapier verfasst. Dieses Dokument befindet sich auch im folgenden Teil dieser Broschüre.

Im Anschluss daran werden die inhaltlichen Ergebnisse des Workshops bzw. der moderierten Diskussion präsentiert.



\_\_\_\_\_



# Die Neue Charta in Luxemburg Input Paper

Dokumentation des CIPU-Workshops  
am 23. November 2021

Das Thema des CIPU-Jahres 2021 lautet „Planung, wandel dich! – Stadtplanung im Wandel“. Dieses Thema wird sowohl im Rahmen des CIPU Colloque als auch in den thematischen Workshops behandelt und diskutiert.

Das vorliegende Dokument dient als vorbereitendes Diskussionspapier für den dritten CIPU-Workshop, der am 23. November 2021 stattfindet. Ziel des Workshops ist die Identifizierung von Umsetzungsmöglichkeiten der Neuen Leipzig Charta auf Gemeindeebene in Luxemburg. Das Diskussionspapier dient dabei als inhaltliche Grundlage für die Diskussion, ohne dabei bereits möglichen Antworten bzw. Ergebnissen vorwegzugreifen.



## 1. Kontext und Grundlagen der Neuen Leipzig-Charta

Im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen und Themen für Städte - insbesondere der demographische Wandel, der Klimawandel, die Coronapandemie und der digitale Wandel - rückt eine Stadtplanung zur Stärkung des Gemeinwohls stärker in den Fokus der Stadtentwicklungspolitik.

Eine Transformation der Planungsprozesse in Städten und Gemeinden wird durch europäische Politikdokumente inspiriert, so z.B. durch die „Neue Leipzig Charta“. Diese definiert drei neue Leitdimensionen zur Transformation der europäischen Städte:

» Die **gerechte Stadt**: Gewährleistung einer

inklusive Stadtgesellschaft, die sich durch Chancengleichheit, Umweltgerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe, sowie gleichberechtigtem Zugang zu bezahlbarem Wohnen und Energieversorgung kennzeichnet.

» Die **grüne Stadt**: Sicherstellung einer umwelt- und klimagerechten Stadtentwicklung. Hierzu gehören insbesondere ein nachhaltiger Flächen- und Ressourcenverbrauch, sowie eine nachhaltige Energieversorgung, ein gleichberechtigter Zugang zu grüner und blauer Infrastruktur und eine energieeffiziente nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätsplanung.

» Die **produktive Stadt**: Gewährleistung einer nachhaltigen urbanen Ökonomie, welche sich an innovativen, wettbewerbsorientierten sowie klima- und umweltgerechten Wirtschaftsformen orientiert.

Diese drei Dimensionen sind zentrale Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung und entfalten sich entlang eines integrierten Transformationsansatzes, der durch die Digitalisierung von Dienstleistungen unterstützt wird. Letztere wird insb. „smarte“ digitale Dienstleistungen und Hilfestellungen für Bürger:innen und Unternehmen zur Verfügung stellen. Die Charta stützt auf fünf Schlüsselprinzipien einer guten urbanen Governance:

» Die **Gemeinwohlorientierung** bekräftigt eine Stadtentwicklungspolitik im Einklang mit den Interessen und Bedürfnissen der Gesellschaft. Es sollen „inklusive, bezahlbare, sichere“ und für jeden zugängliche Dienstleistungen bereitgestellt werden.

» Ein **integrierter Ansatz** soll alle Belange und Interessen der Bürger:innen und Betroffenen innerhalb des Stadtentwicklungsprozesses gleichzeitig und gleichwertig berücksichtigen. Dementsprechend sollen integrierte und nachhaltige Stadtentwicklungskonzepte aufgestellt werden.

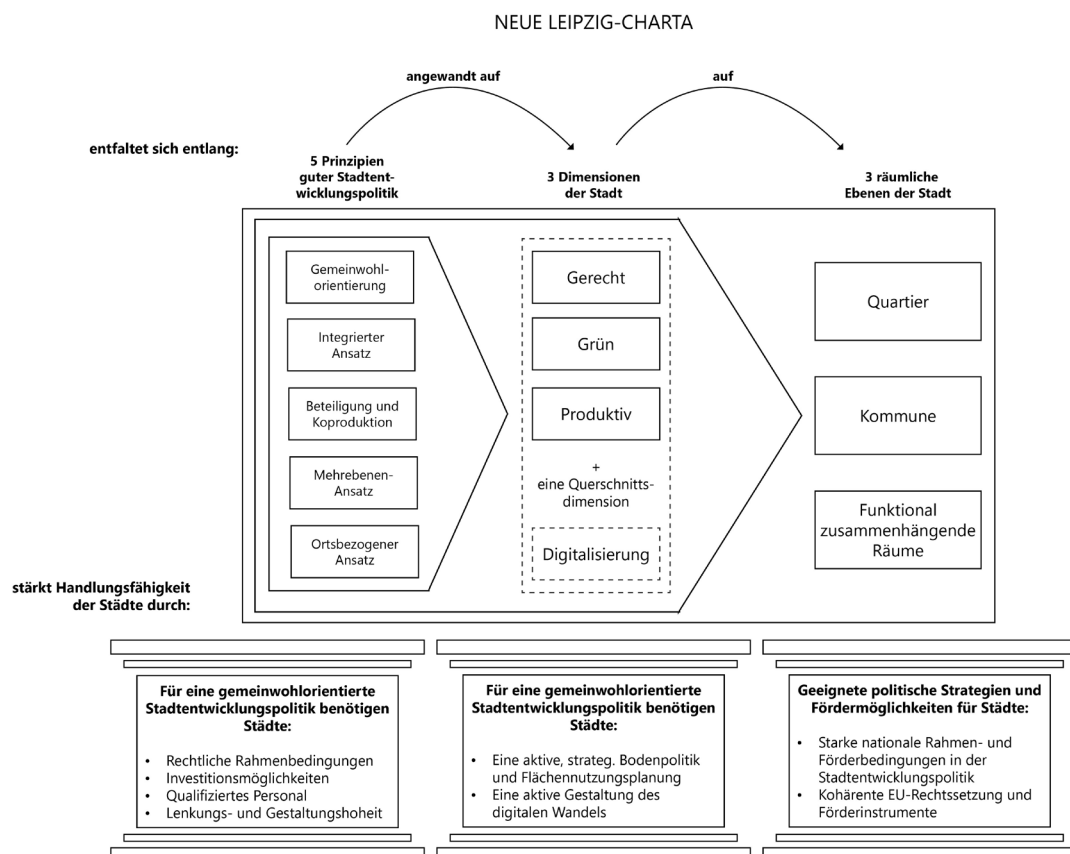
Die öffentliche **Beteiligung** sowie **Koproduktions**formen werden im Rahmen des integrierten Ansatzes gefördert. Es sollen jegliche Akteure der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft, der Politik und der Wissenschaft mit am Stadtentwicklungsprozess teilhaben. Zudem sollen insb. Einwohner:innen, öffentliche Netzwerke, Organisationen und Unternehmen durch neue Ko-produktionsformen diesen Prozess mitgestalten und prägen.

- » Der **Mehrebenen-Ansatz** umfasst alle betroffenen Ebenen der Planung: kommunal, regional, national, europäisch und global. Besonders herausfordernd gestaltet sich die Koordinie-

rung aller Ebenen in den Planungsprozess. Es sollen sowohl Bottom-Up- als auch Top-Down-Prozesse initiiert werden.

- » Der **ortsbezogene Ansatz** ermutigt dazu, das Stadtentwicklungskonzept basierend auf den spezifischen Gegebenheiten und der Situation vor Ort zu erstellen. Dazu ist die Analyse der Situation vor Ort, der Vorteile, Risiken, Herausforderungen und Akteure notwendig, um die Konzeption spezifisch anzupassen. Zudem soll von vorhandenen formellen und auch informellen Instrumenten Gebrauch gemacht werden.

## Konzept der Neuen Leipzig Charta



Quelle: Website BMI (<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/bauen-wohnen/stadt-wohnen/stadtentwicklung/neue-leipzig-charta/neue-leipzig-charta-node.html>)







### 3. Elemente und Maßnahmen zur Umsetzung der Neuen Leipzig Charta

Folgende drei Elemente bieten einen wegweisenden Rahmen um die Städte erfolgreich zu „transformieren“:

1. Klar **geteilte Visionen** aufstellen;
2. **Experimentierorte** zur Verfügung stellen, um Vision zu verwirklichen;
3. **Gemeinschaften** und **Allianzen** gründen, um die Umsetzung in die Breite zu tragen und die Gesellschaft zu mobilisieren.

Maßnahmen zur erfolgreichen Umsetzung der Neuen Leipzig Charta in Städten sind:

- » Gemeinwohlorientierung in Werte der Stadtpolitik einbinden, gesellschaftlichen Konsens entwickeln;
- » Integrierte Planungskonzepte und -strukturen (Integration von Politik, Wissenschaft, Verwaltungen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft) fördern;
- » Anforderung an öffentlichen Raum zur Befriedigung des Gemeinwohls gewährleisten;
- » Netzwerke etablieren (Quartiersvereinsstrukturen, Rolle von Kunst und Kultur verschiedene Akteure) um Partizipation zu fördern;
- » Aufbau einer Koordinierungsstelle und Online-Dialogplattform entwickeln;
- » Ständiger Austausch mit allen Akteursgruppen fördern;
- » Permanente Öffentlichkeitsarbeit fördern;
- » Potenzialräume identifizieren, Impulsprojekte herausarbeiten;
- » Neue Formen der Mobilität einbringen;
- » Bündelung öffentlicher Fördermittel und privater Investitionen gewährleisten;
- » Rechtliche und Finanzielle Rahmenbedingungen aufstellen;
- » Out-Of-The-Box-Denken vorantreiben und Mut zu Neuem schaffen.

### 4. Ideenkatalog zur Umsetzung in Luxemburg

In Luxemburg bestehen bereits einige interessante Strukturen und Initiativen (z.B. Luxembourg in Transition), welche das Potenzial haben, die Umsetzung der Neuen Leipzig Charta in die Praxis zu fördern. Die Umsetzung erfordert die Beteiligung aller städtebaulichen Ebenen (kommunal, national, europäisch).

Eine besonders interessante Handlungsidee, welche bereits in Deutschland, den Niederlanden und anderen europäischen Ländern realisiert wurde, wäre die Entwicklung von geförderten Modellprojekten in ausgewählten Experimentierorten. Hierfür könnte der Ansatz von sog. ‚urbanen Reallaboren‘ herangezogen werden. Hierbei handelt es sich um Experimente im urbanen Raum (dem Labor), die eine Vielzahl an Akteuren miteinbeziehen und durch Forschungsteams geleitet und unterstützt werden. Somit können innovative Experimentmöglichkeiten zur Transformation in den Städten, die Möglichkeit bieten, Entwicklungen erst im Reagenzglas zu beobachten und später auf höhere Ebenen zu übertragen.

Reallabore fördern besonders die Koproduktion. Dafür wird die Gesellschaft vor Ort eingebunden, damit spezifische lokale Herausforderungen, Bedürfnisse und Interessen miteinbezogen werden. Erfolgreiche Reallabore könnten ggf. als Good-Practice-Modelle in die Breite getragen werden. Zusätzlich sollten Austausch-Plattformen (z.B. CIPU)



zunehmend genutzt werden, um den Wissensaustausch zu sichern und die Weiterentwicklung auf allen Ebenen zu fördern.

zen?

- Labor mit Modellprojekten (z.B. Reallabore)?

Folgende Ideen könnten die Umsetzung der Neuen Leipzig Charta in Luxemburg fördern:

» Charta soll als Rahmen für die Erarbeitung der Leitbilder wichtiger luxemburgischer Entwicklungsstandorte und -räume dienen:

» Neue Leipzig Charta als Leitdokument nutzen, z.B. für städtebauliche Pläne nutzen (formell einrahmen?) und bei der Erarbeitung des neuen PDAT?

- In die Entwicklung der Leitbilder der Kooperationsräume (Südregion, Nordstad und Zentrum) miteinbinden?

» Potenzialräume identifizieren, Pilotprojekte auf kommunaler Ebene/Quartierebene fördern, finanzielle Fördermittel schaffen/nutzen, Austausch-Plattform schaffen:

- In die Entwicklung der Leitbilder der Revitalisierungsprojekte der luxemburgischen Industriebereichen miteinfließen lassen?

- Luxembourg in Transition Initiative dafür nutzen?

## Weiterführende Informationen und Quellen

### Links

- » [https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user\\_upload/documents/Projekte/Neue\\_Leipzig-Charta/Neue\\_Leipzig-Charta\\_DE.pdf](https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user_upload/documents/Projekte/Neue_Leipzig-Charta/Neue_Leipzig-Charta_DE.pdf)
- » [https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user\\_upload/documents/Projekte/Neue\\_Leipzig-Charta/implementation-new-leipzig-charta.pdf](https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user_upload/documents/Projekte/Neue_Leipzig-Charta/implementation-new-leipzig-charta.pdf)
- » [https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/SharedDocs/Publikationen/DE/Publikationen/nlc\\_pocket.pdf;jsessionid=987332C23846A846F4A54AA9AE92504E.live11312?\\_\\_blob=publicationFile&v=10](https://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/NSPWeb/SharedDocs/Publikationen/DE/Publikationen/nlc_pocket.pdf;jsessionid=987332C23846A846F4A54AA9AE92504E.live11312?__blob=publicationFile&v=10)

### Quellen

- » BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020): Die Neue Leipzig Charta. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklarungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklarungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=6)
- » König, A., 2013. What might a sustainable university look like? Challenges and opportunities in the development of the University of Luxembourg and its new campus In: König, A. (Eds.) Regenerative Sustainable Development of Universities and Cities. Edward Elgar Publishing, Cheltenham.
- » Mihm, J., Josef, M., Vielhaber, T., 2021. Praxis-Check: Die Neue Leipzig-Charta in der praktischen Umsetzung. Vortrag im Rahmen der Webkonferenz: Die Neue Leipzig Charta in der Praxis. Perspektiven der Umsetzung für Kommunen. <https://www.youtube.com/watch?v=GAWw2ibVZkl>.
- » Stadt Leipzig, 2021. Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. <https://www.leipzig.de/bauen-und-wohnen/stadtentwicklung/stadtentwicklungskonzept-insek/umsetzung-und-weiterentwicklung/leipzig-charta/>
- » Rönck, T., Katz, J., Hermann, O., 2021. Praxis-Check: Lokale Transformationsprozesse in kleinen und mittleren Städten Vortrag im Rahmen der Webkonferenz: Die Neue Leipzig Charta in der Praxis. Perspektiven der Umsetzung für Kommunen. <https://www.youtube.com/watch?v=GAWw2ibVZkl>.
- » Weigel, O., 2021. Die Neue Leipzig-Charta – von der Strategie zur Umsetzung. Forum Wohnen und Stadtentwicklung, S. 97-100.











## Einleitung

Zu Beginn des Workshops gab es einen einleitenden Vortrag zur « Siedlungsentwicklung am Rand der Region Stuttgart » durch Jürgen Katz von der Stadtverwaltung Weil der Stadt. Dabei ging es – anhand eines konkreten Beispiels – um die Umsetzung der Ziele der Neuen Leipzig Charta auf der kommunalen Ebene. Im Anschluss fand ein kurzer Austausch zwischen den Teilnehmern und dem Referenten statt. Fazit der Umsetzung in der Gemeinde Weil der Stadt ist, dass nicht alle Ziele, Säulen und Kriterien immer zu 100% erfüllt werden können. Jede Gemeinde muss daher ihren eigenen Schwerpunkt für die Umsetzung festlegen und die mit der Neuen Leipzig Charta verbundenen Strategien auf konkrete Projekte herunterbrechen. Die Neue Leipzig Charta kann dabei eine inhaltliche Hilfestellung bieten, nicht aber eine komplette Umsetzung in allen Bereichen gewährleisten.

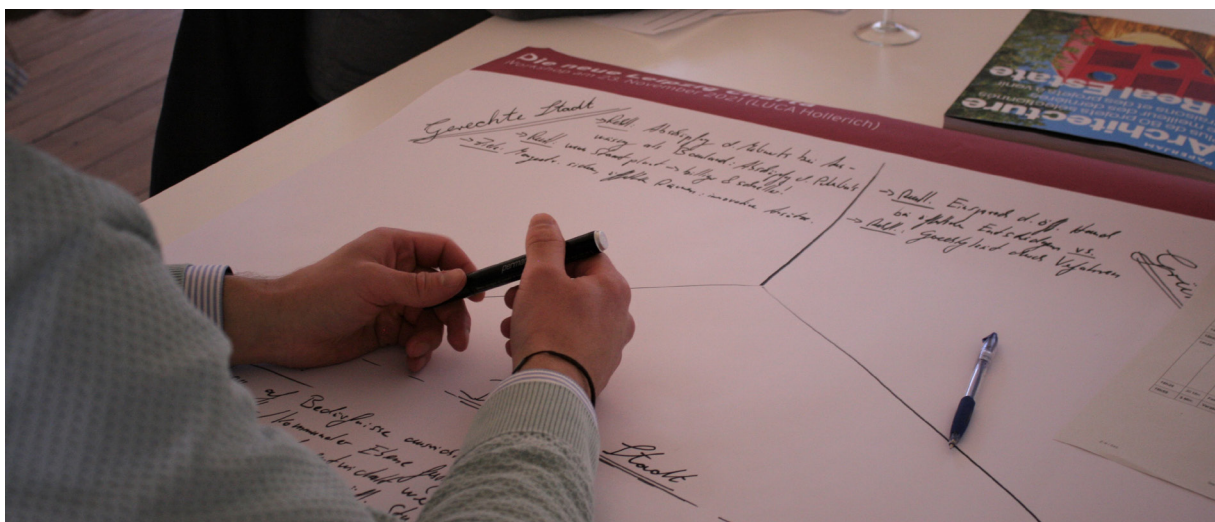
Ein weiterer einleitender Vortrag erfolgte durch Myriam Bentz und Frederick-Christophe Richters vom Ministère de l'Énergie et de l'Aménagement du territoire. Neben dem Entstehungsprozess der Neuen Leipzig Charta auf europäischer Ebene ging es in diesem Vortrag vor allem um die « Erwartungen der Landesplanung an die Umsetzung der Neuen Leipzig Charta in Luxemburg ». Weiterhin wurden die bestehenden Rahmenbedingungen, Angebote

und Ansätze auf nationaler Ebene aufgeführt, die zu einer erfolgreichen Umsetzung beitragen.

In der anschließenden moderierten Diskussion wurden die folgenden Fragstellungen mit allen Teilnehmenden erörtert:

- » Was wird zur Umsetzung der drei Dimensionen der Neuen Leipzig Charta auf kommunaler Ebene benötigt?
- » Welche Rahmenbedingungen sind zur Gewährleistung der kommunalen Handlungsfähigkeit nötig?
- » Welche Möglichkeiten zur Unterstützung oder welche Anpassungen der Rahmenbedingungen sind besonders wichtig?
- » Welche Akteure sind die Treiber für die Umsetzung von Projekten im Sinne der Neuen Leipzig Charta?

Die Ergebnisse dieser Diskussion sind im Folgenden zusammengefasst. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Möglichkeiten und Ansätzen zur Ergänzung bzw. Erweiterung der bestehenden Instrumente und Planungspraktiken.





## 1. Neue Instrumente für einen gemeinwohlorientierten Städtebau

### **Stärkere Anpassung der Instrumente des Städtebaus an die bestehenden Bedürfnisse und Erfordernisse.**

Im Rahmen des zentralen Instruments zum Bauen im Bestand, dem Plan d'Aménagement Particulier « quartiers existants » (PAP QE), bestehen wenig Möglichkeiten, Projekte mit Auflagen zu belegen, die eine stärkere soziale Durchmischung (z.B. bezahlbarer Wohnungsbau) fördern oder um Projekte nachhaltiger zu gestalten. Diese Möglichkeit besteht jedoch bei Neubauprojekten im Rahmen des Instruments Plan d'Aménagement Particulier « nouveau quartier » (PAP NQ). Um bestehende Siedlungsgebiete stärker auf die Herausforderungen der Zukunft anzupassen und quantitative Nachverdichtung auch qualitativ zu begleiten, könnten auch Möglichkeiten für solche Auflagen für PAP QE eingeführt werden.

### **Abschöpfung des durch die Baulandausweisung entstehenden Mehrwertes durch die öffentliche Hand.**

Die Ausweisung eines Grundstückes als Bauland oder die Erhöhung der Bebauungsdichte führt zu

einer Vervielfachung des Grundstückspreises. Der entstandene Mehrwert bleibt bei den Grundstückseigentümern. Eine Möglichkeit zur Förderung des Gemeinwohls ist, den durch Baulandausweisung entstehenden Mehrwert abzuschöpfen und dadurch der öffentlichen Hand neue Ressourcen für die Realisierung von Projekten / Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen.

### **Nutzung der bestehenden Steuerungsinstrumente in PAG und PAP NQ im Sinne einer sozialen und umweltgerechten Raumentwicklung.**

Das Steuerungspotenzial über die Ausweisungen über den PAG kann genutzt werden, um die Interessen der öffentlichen Hand bei der Umsetzung von privaten Projekten stärker in den Fokus zu rücken. Die Staffelung der Dichte je nach Zentralität, verkehrlicher Erreichbarkeit etc. und städtebaulichen Kriterien bildet die Grundlage. Darüber hinaus kann die Förderung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten, bezahlbaren Wohnungen, Mischnutzung sowie innovativer Wohnformen hierüber angegangen werden.







## 2. Beteiligung und Digitalisierung

### **Konstruktiverer und transparenterer Gestaltung der Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. von Privatpersonen.**

Die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Planungsprozessen ist ein zu schützendes Instrument. Jedoch sollte die Mitwirkungsmöglichkeit der Öffentlichkeit überprüft werden. Oftmals trägt eine Einflussnahme privater Personen bei öffentlichen Bauprojekten durch Einsprüche oder juristische Verfahren dazu bei, dass sich die Umsetzung von Projekten verzögert. Um solche Verzögerungen künftig zu reduzieren, soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Beantwortung von Anfragen konstruktiver und transparenter zu gestalten, um juristische Verfahren zu vermeiden. Auch eine zügigere Behandlung solcher Verfahren bei Bauprojekten könnte Abhilfe schaffen.

### **Erhöhung der Akzeptanz von Projekten durch einfachere und verständlichere Formate für Bürgerbeteiligung und -information.**

Informationen zu öffentlichen Vorhaben müssen einfach und verständlich dargestellt werden, um sie für jede interessierte Person zugänglich zu machen. Eine ungefilterte Darstellung von komplexen Inhalten verwirrt und sorgt dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger nicht wahrgenommen fühlen. Auf die Zielgruppen der Beteiligung ausgerichtete Kommunikation und Kommunikationsformate können diesen Effekt reduzieren und die Akzeptanz öffentlicher Projekte erhöhen. Die Digitalisierung bietet hierfür ein großes, noch ungenutztes Potential.

### **Digitalisierung von Planungsprozeduren.**

Bislang werden Genehmigungen und Verfahren im Bereich des Städtebaus ausschließlich auf Papier umgesetzt. Digitale Methoden könnten die Bearbeitung und Behandlung von gesamten Verwaltungsabläufen vereinfachen und beschleunigen.

Dabei ist auch auf eine Koordination zwischen den unterschiedlichen Fachministerien zu achten. Als Beispiel: Verschiedene staatliche Verwaltungen nutzen verschiedene VPN-Zugänge für ihre digitalen Planungsplattformen. Dadurch entstehen viele Komplikationen, die durch einen vereinheitlichten und zentralisierten Zugang bei einer Behörde vermieden werden können.

### **Förderung von digitaler Bürgerbeteiligung durch eGovernment.**

Das eGovernment wird in Luxemburg im internationalen Vergleich noch zu wenig genutzt oder ist zu umständlich (s. Nutzung von Token). Allerdings liegt darin ein hohes Potenzial, um mehr Menschen zur Bürgerbeteiligung zu bewegen und die Bearbeitung dessen für die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen einfacher zu machen. Daher soll geprüft werden, wie eGovernment für Bürger einfacher und zugänglicher gestaltet werden kann, um somit mehr Bürger zu dessen Nutzung anzuregen und durch Digitalisierung den Personalaufwand in den Verwaltungen zu minimieren.

### **Bedeutung des Gemeinwohls über Einzelinteressen stellen.**

Im Gegensatz zu den oben genannten sachlichen Hindernissen können auch persönliche Befindlichkeiten die Schaffung von Wohnraum immens behindern. Zahlreiche Gemeinden stellen fest, dass sie zwar über ein großes Baulandpotenzial im Innenbereich ihrer Gemeinden verfügen, jedoch werden zahlreiche Flächen aus Eigeninteresse von den Eigentümer zurückgehalten. Hierzu zählt sowohl das Reservieren von Flächen für die Nachkommen als auch das Nicht-Verkaufen von Flächen aus Befürchtung vor zunehmendem Lärm und Verkehr in direkter Nachbarschaft des eigenen Hauses. Auf diese Weise wird zwangsläufig das Interesse eines Einzelnen über das Gemeinwohl gestellt.

Bislang können einzelne Grundstückseigentümer Bauvorhaben blockieren, auch wenn sie nur kleine Parzellen innerhalb eines beplanten Gebiets besitzen, in dem sie nicht verkaufen bzw. einer Entwicklung dieser Teilflächen nicht zustimmen.

Es müssen rechtliche Möglichkeiten geschaffen werden, die es den Gemeinden erlauben, Flächen zu aktivieren und Projekte im Sinne des Gemeinwohls umzusetzen. Sofern angebracht, könnten öffentliche Träger in diesen Fällen neue Maßnahmen zur Enteignung nutzen, um die Umsetzung von Projekten sicherzustellen. Alternativ sollten die Gemeinden und/oder der Staat mehr Gewicht bei einer Entscheidungsfindung bekommen.

### **Informationsarbeit zu Planungsinstrumenten.**

Die Beteiligung der Öffentlichkeit bei Planungsprozessen ist ein zu schützendes Instrument. Sie bereitet, v.a. den Gemeinden, jedoch häufig einen immensen Arbeitsaufwand, der zu oft darauf zurückzuführen ist, dass beteiligte Personen die Planungsinstrumente und Planungsverfahren nicht nachvollziehen können. Ihr Unwissen schafft einen beachtlichen Mehraufwand, der die Planungen verzögern kann. Daher sollte die Öffentlichkeit zu reichender darüber informiert werden, wie ein Planungsverfahren abläuft, welche Schritte wann stattfinden und gegen welche Inhalte sie überhaupt Einspruch erheben können.



## **3. Neue Förderprogramme für gemeinwohlorientierte Projekte**

### **Bedarfsangepasste Ausrichtung von Förderprogrammen.**

Förderprogramme decken nicht immer den Bedarf der Zielgruppe. Eine stärkere Ausrichtung von Förderprogrammen auf den konkreten Bedarf sowie eine Diversifizierung bzw. Spezialisierung der Förderprogramme kann zu einer stärkeren Nutzung solcher Programme beitragen. Generell gilt für Förderprogramme, dass ihre Anträge und Antragsverfahren möglichst einfach gestaltet werden sollten.

über bestehende Fördermöglichkeiten sowie über Strukturen und Anforderungen zur erfolgreichen Förderung bei. Ebenfalls hilfreich wäre die Zusammenstellung eines zentralen Förderratgebers für Gemeinden, in dem alle Informationen über die Förderkulisse und die Förderstruktur der verschiedenen Programme und Fonds gebündelt sind.

### **Zusammenführen von Fördermittelnehmern und Fördermittelgebern durch « Matchmaking »-Events.**

Oft hindert auch eine mangelnde Übersicht über Fördermittelmöglichkeiten die Beanspruchung von Mitteln für die Umsetzung von Projekten. Ein informeller Austausch im Rahmen von « Matchmaking »-Events trägt zu einer Vergrößerung der Kenntnisse von Gemeinden, Planungsträgern und Bürgern

### **Umsetzung politischer Nachhaltigkeitsziele durch Anregung der Fördermittelnutzung durch Privatpersonen.**

Bestimmte politische Ziele, z.B. Nachverdichtung, werden zumeist im Rahmen öffentlicher Projekte respektiert bzw. erfüllt. Damit zukünftig auch private Bauträger vermehrt zur Erfüllung der raum- und sozialpolitischen Ziele beitragen, sind entsprechende Anreize in Form von Förderprogrammen zu schaffen. Diese könnten beispielsweise private Bauprojekte begünstigen, sofern sie bestimmte Kriterien der Landes- und Kommunalplanung erfüllen.





## 4. Öffentliche Projekte

### **Austesten experimenteller und innovativer Ansätze im Rahmen öffentlicher Projekte.**

Bei der Umsetzung von innovativen und experimentellen Ansätzen des Städtebaus entstehen zusätzliche Kosten, die viele Bauträger nicht bereit sind zu tragen. Um dennoch erfolgsversprechende Ansätze in der Praxis zu testen, sollten öffentliche Projekte vermehrt innovative Elemente enthalten und damit eine Vorbildfunktion übernehmen. Solche Elemente können das Management von öffentlichen Räumen oder Infrastrukturen betreffen, Infrastrukturweiterungen bei Dichteerhöhung, die Behandlung und Wiedernutzung von Grauwasser, Phasierung von Projekten, Kommunikation mit beteiligten Akteuren, etc. Hierfür gilt es die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

### **Projekte der öffentlichen Hand sollen schneller und weniger kostenintensiv werden.**

Für öffentliche Projekte, bzw. gemeinwohlorientierte Projekte gelten keine Sonderregeln im Bezug auf Fristen oder Prozeduren. Denkbar wäre es, diese über spezifische Regeln zu fördern. Künftig könnten spezielle Maßnahmen, Instrumente oder Planungsprozeduren die Umsetzung von Projekten der öffentlichen Träger vereinfachen.

### **Förderung von Capacitybuilding in öffentlichen Verwaltungen.**

Weiterbildungen sind bislang oft für vereinzelte Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen möglich. Dadurch wird spezialisiertes Wissen auf bestimmte Personen zentralisiert. Weiterbildungen für eine größere Zahl an Personen können dazu führen, dass sich das Wissen von allen Mitarbeiter/innen in einem Themenfeld gleich weiterentwickelt.



## 5. Sektorübergreifende Koordination

### **Stärkung einer kohärenten Positionierung von Verwaltungen entlang einer gemeinsamen Linie.**

Bei Fragen des Städtebaus werden oftmals politische Ebenen in die Entscheidungsfindung eingebunden. Dieses Prinzip ist weiterhin wichtig und stellt ein zentrales Element des Städtebaus dar. Allerdings werden oftmals viele kleine Entscheidungen auch durch höhere Politikebenen getroffen, was dazu führt, dass sich Fristen für die Entscheidungsfindung verlängern. Eine kohärente Positionierung von öffentlichen Verwaltungen entlang einer Städtebaupolitik würde ermöglichen, dass Techniker Entscheidungen im Sinne der Politik treffen

können und sich dadurch Fristen verkürzen. Dazu könnte zum Beispiel das Format eines « Mandats » genutzt werden, in dem klar definiert ist, welche Entscheidungen, wie zu treffen sind und wann eine Einbindung der politischen Ebene notwendig ist.

### **Förderung einer fachübergreifenden Einigkeit bei der Umsetzung von städtebaulichen Großprojekten.**

Bei der Umsetzung von Großprojekten kommt es häufig zu Zielkonflikten der unterschiedlichen betroffenen Akteure und Belange (Natur, Umwelt, Denkmalschutz, ...). Zur Reduzierung von

Verzögerungen in der Projektumsetzung, ist die gemeinsame Entwicklung eines kohärenten Zielsystems sowie eine strukturierte Abwägung der unterschiedlichen Belange von Bedeutung. Hierfür müssen alle beteiligten Akteure auf verschiedenen Ebenen (Gemeinden, staatliche Verwaltungen) gemeinsam kontinuierlich zusammenarbeiten.

### **Erhöhung der Umsetzbarkeit städtebaulicher Projekte durch Sektorübergreifende Koordination und Prioritätensetzung bei Zielkonflikten.**

Die unterschiedlichen Gesetze und Vorgaben, welche städtebaulich-relevant sind, werden häufig innerhalb fachlicher Silos entwickelt, in denen die entsprechenden Fachakteure Auflagen und Gesetze noch zu oft unabhängig von anderen sektoralen Politiken und Gesetzen entwickeln. Dadurch kommt es teilweise zu Situationen, in denen Gesetzgebungen nur schwer miteinander kompatibel sind. Eine stärkere Abstimmung zwischen Sektoren kann dazu führen solche Konflikte zu reduzieren, z.B. zwischen den Politikfeldern Städtebau und Umweltschutz. Dies gilt ebenfalls bei auftretenden Schwierigkeiten im Rahmen konkreter Projekte zwischen Verwaltungen. Insbesondere die Neuausweisung von Baugebieten wird oftmals durch andere

landesplanerische Zielvorstellungen behindert. Die Interessenskonflikte führen im Ergebnis oft zum Scheitern von größeren Flächenentwicklungen. Um trotz der Berücksichtigung anderer Belange ausreichend Wohnraum schaffen zu können, muss eine ausgiebigere Abwägung und Koordination der Belange erfolgen.

### **Ebenenübergreifende Kommunikation zur Vereinfachung und Verkürzung von Planungsverfahren.**

Die Gemeinden, Regionen und staatlichen Behörden sollten bei Planungsverfahren stärker zusammenarbeiten. Andernfalls verläuft die Kommunikation zu Schwierigkeiten und Herausforderungen aneinander vorbei und es können seltener Lösungsschritte unternommen werden. Eine Ebenen übergreifende Kommunikation kann sicherlich nicht in allen Planungsverfahren zur Lösung beitragen, da die Aufgabenbereiche durch die Planungshoheiten klar geregelt sind. Trotzdem kann eine Kommunikation zwischen verschiedenen Ebenen zur besseren Einsicht und zum besseren Verständnis untereinander beitragen und so eventuell neue Lösungsmöglichkeiten durch eine gemeinsame Ideenfindung anstoßen.





Informationen zu den Aktivitäten der CIPU sowie zur Aktualität der nationalen und europäischen Stadtpolitik finden sich auf:

» **(Englischsprachiger) CIPU-Blog:**

[www.blog.cipu.lu/blog](http://www.blog.cipu.lu/blog)

» **Website:** [www.site.cipu.lu](http://www.site.cipu.lu)

» **Facebook:** [www.facebook.com/CIPULux](http://www.facebook.com/CIPULux)

» **CIPU-Publikationen:**

<https://site.cipu.lu/index.php/base-documentaire>

» **CIPU-Projektdatenblätter:**

<https://site.cipu.lu/index.php/project-library>

